



11. Sitzung

22.03.2017

Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9

Der Ausschuss verständigte sich zu Beginn der Sitzung, die Beratung des TOP 5 der Einladung, Drs. 7/701, zu vertagen.
Im Zuge der Sitzung wurden die Tagesordnungspunkte 3 und 4 in ihrer Abarbeitung getauscht.

1. a) Entwurf eines Gesetzes über die Krebsregistrierung im Land Sachsen-Anhalt (Krebsregistergesetz – KRG LSA) und zur Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 7/893**

b) Errichtungskosten und Fachaufsicht des Klinischen Krebsregisters in Sachsen-Anhalt

Selbstbefassung - **ADrs. 7/SOZ/12**

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 7/893**

Der Ausschuss führte eine öffentliche Anhörung durch. Er vereinbarte, diesen Punkt in der nächsten Sitzung am 26. April 2017 zur Beratung aufzurufen.

Die Landesregierung wurde gebeten, dem Ausschuss die Verwaltungsvereinbarung mit der Ärztekammer für den Aufbau des Klinischen Landeskrebsregisters zu übersenden.

Die OvG-Universität Magdeburg wird dem Ausschuss eine Auflistung der Kosten für die Errichtung des Krebsregisters zukommen lassen.

- 2. Entwurf eines Zweiten Staatsvertrages zur Änderung des Staatsvertrages über das Gemeinsame Krebsregister der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen einschließlich Begründung für den Abschluss des Staatsvertrages**

LIV-Vorlage Landesregierung - **ADrs. 7/SOZ/13**

Der Ausschuss hat die LIV-Vorlage zur Kenntnis genommen.

- 3. Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Blinden- und Gehörlosengeld im Land Sachsen-Anhalt**

Gesetzentwurf Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/901**

Der Ausschuss vertagte die Beratung zum Gesetzentwurf bis zur Vorlage der Synopse des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes bzw. bis zur nächsten Sitzung am 26. April 2017.

- 4. Arbeit der Telefonseelsorgestellen im Land Sachsen-Anhalt**

Selbstbefassung Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **ADrs. 7/SOZ/11**

Der Ausschuss führte ein Fachgespräch mit den TelefonSeelsorgestellen Halle, Dessau sowie Magdeburg und nördliches Anhalt durch. Die Ausschussdrucksache wurde für erledigt erklärt

- 5. Möglichkeiten einer selbstbestimmten und natürlichen Geburt in Sachsen-Anhalt erweitern**

Beschluss des Landtages - **Drs. 6/4656**

Beschlussrealisierung Landesregierung - **Drs. 6/4792**

Der Ausschuss nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen. Die Landesregierung wurde gebeten, dem Ausschuss die vom Runden Tisch beschlossenen Handlungsempfehlungen zu übersenden, sobald sie vorliegen. Danach soll dieser Punkt nochmals aufgerufen werden, um ihn dann für erledigt zu erklären.

6. Verschiedenes

a) Billigung von Niederschriften

Der Ausschuss billigte den öffentlichen und den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift über die 10. Sitzung am 22. Februar 2017.

b) Antrag auf Beratung im Rahmen der Selbstbefassung, Drs. 7/SOZ/14 – Vorstellung und Arbeitsstruktur des Kompetenzzentrums für Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt (LaKoB)

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde angenommen. Die Beratung soll am 24. Mai 2017 stattfinden.

Die Landesregierung wurde gebeten, darüber hinaus zur Frage, warum der Wettbewerb „Barrierefreie Kommune“ durch die Landesregierung nicht mehr weitergeführt wird, Stellung zu nehmen.

c) Antrag auf Beratung im Rahmen der Selbstbefassung, Drs. 7/SOZ/15 – Soziale Folgen der Aberkennung der Gemeinnützigkeit des Vereins Kinderland Sachsen-Anhalt e. V.

Der Antrag der Fraktion der AfD fand bei 3 : 8 : 1 Stimmen keine Mehrheit.

d) Angesprochene bzw. nachgefragte Themen:

Abg. Frau Dr. Späthe erinnerte an das Schreiben der Landtagspräsidentin an die Fraktionen zur **Besetzung des Landespsychiatrieausschusses** der neuen Beru- fungsperiode.

Abg. Frau Zoschke sprach die Errichtung einer privaten stationären psychiatri- schen Einrichtung im Schloss Wendgräben in Verbindung mit der **Krankenhaus- planung Sachsen-Anhalt** an.

Seitens der Landesregierung erfolgte eine Klarstellung.

Abg. Frau Zoschke fragte nach, wie die Landesregierung die **Begriffe „kleines Krankenhaus“ und „großes Krankenhaus“** definiere.

Die Landesregierung sagte zu, die Antwort nachzureichen

Abg. Frau Zoschke sprach die Problematik der **Erstattung der Kosten** durch das Landesverwaltungsamt **für die Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge** in ihrem Landkreis an.

Die Landesregierung sagt zu, die Problematik zu prüfen und eine Antwort nachzu- reichen.

Abg. Frau Hohmann fragte nach, wann die aufgrund der neuen Pauschalen für die Schwangerschaftsberatungsstellen erforderliche **Änderung der Verordnung** erfolgt und ob die Schwangerschaftsberatungsstellen die neuen Pauschalen rückwirkend zum 01.01.2017 erhalten werden.

Die Landesregierung wird die Antwort nachreichen.

Abg. Herr Krull informierte, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den Trägern in den Ländern, auch den Landesjugendhilfeausschüssen, einen **umfangreichen Entwurf einer SGB VIII- Reform** zusandte mit der Vorgabe, innerhalb einer Woche eine inhaltliche Stellungnahme dazu abzugeben.

Er äußerte sein Unverständnis gegenüber diesem Verfahren.

e) Information der Landesregierung

Die Landesregierung setzte den Ausschuss vorab darüber in Kenntnis, dass die SALUS gGmbH mit dem Altmarkkreis hinsichtlich der beiden Kliniken des Kreises eine Gesellschaft gründen wird. Weitere Details dazu werden dem Ausschuss im Nachgang zugesandt.

f) Nächste Sitzung des Ausschusses am 26.04.2017

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses steht das

- Fachgespräch zum Thema Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber (Drs. 6/4775 und Drs. 7/880), sowie das
- Fachgespräch mit dem KJR zur Drs. 7/326 – Mitwirkung der jungen Generation fördern. Demokratie stärken

Des Weiteren sollen die Gesetzentwürfe

- zum Blinden- und Gehörlosengeld, Drs.7/901 und
- zum Krebsregister, Drs. 7/893, jeweils zur Beratung und ggf. Erarbeitung einer vorläufigen Beschlussempfehlung aufgerufen werden.

Die Obleute wurden gebeten, sich gemeinsam mit dem Vorsitzenden zu verständigen, ob und welche weiteren Punkte die Tagesordnung erhalten soll.

Petra Gaertner
Ausschussdienst
